

Ist die Krise unvermeidbares Schicksal?

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **4 (1949)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-890766>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

überfielen. Wenn durch *vererbte Familienherrschaften* Vorrechte entstanden, die nicht «in nomine domini», sondern durch Vererbung, nicht durch Leistung, sonderlich nicht durch solidarische Leistung begründet wurden, so ergab sich eine erste Abirrung vom Geiste der Bünde. Wenn in den Zünften Vorrechte gezüchtet wurden — in diesem Falle nicht nur familiär, sondern berufsmässig —, so ergab sich eine zweite Abirrung vom Geiste der Bünde. Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts wollte ursprünglich diesen Fehler berichtigen. Aber weil er die Berichtigung nicht im Geiste alteidgenössischer Religiosität und solidarischer Hilfsbereitschaft, sondern weitgehend im Geiste der französischen Revolution vollzog, deshalb konnte diese Berichtigung nicht vollmenschlich geraten. Zwar wurden die Vorrechte der Sippen und Zünftler beschnitten. Dafür entstanden neue Vorrechte, weil die neue Verfassung *im Geiste des römischen Rechtes* begründet wurde. Diese neue Verfassung stellte viele alte Uebel ab; aber nicht alle. Und sie schuf neue, weil sie die schweizerische Volksgemeinschaft *entbündete und dafür verstaatlichte*.

Ist die Krise unvermeidbares

Schicksal?

Dr. h. c. BERNULLI

Was eine Wirtschaftskrise, eine allgemeine Wirtschaftskrise ist und bedeutet, das wissen wir alle. Die Produkte, die wir herstellen und zum Verkauf anbieten — Häuser, Maschinen, Kleider, Bienenhonig, Kartoffeln, Schlachtvieh — sie sollen uns neben den Gestehungskosten noch etwas abwerfen, das unsere Mühe lohnt, das uns erlaubt, dass wir uns und die Unsrigen in Ehren durchbringen.

Wenn nun aber die Verkaufspreise dieser unserer Produkte zurückgehen, so dass sie kaum mehr die Gestehungskosten decken, wenn sie wohl gar unter die Gestehungskosten fallen — alle Preise, auf der ganzen Linie — das ist die allgemeine Wirtschaftskrise. Für die Unselbständigen bedeutet sie Arbeitslosigkeit, für die Selbständigen Bankrott.

Dabei trifft solche allgemeine Wirtschaftskrise die Landwirtschaft besonders schwer. Ein Fabrikbetrieb lässt sich zur Not verkleinern, einschränken — man schickt ein Teil der Belegschaft stempeln —, ein Bauernwesen muss aufrecht erhalten werden bis zum letzten Augenblick. Einmal liegt es in der Natur des Betriebes; der Boden will bearbeitet, das Vieh muss gepflegt werden, und dann sind da die hohen «fixen Kosten», der Schuldendienst — der lässt sich um kein Tittelchen einschränken, er muss geleistet werden, es geht um Kropf und Kragen, um Haus und Hof.

So lässt sich die Frage, ob eine Krise vermeidbar ist, ersetzen und klarstellen durch die Frage: Kann ein allgemeiner Preisfall verhütet, kann der allgemeine Preisstand unter allen Umständen gehalten werden?

*

Die Preise — eine alte Weisheit! — sind der Ausdruck des Verhältnisses von Warenangebot zu Warennachfrage. Wird heute gegenüber gestern mehr Ware nachgefragt, im Verhältnis zum Angebot, so wird der Preis dieser Ware steigen. Sinkt die Nachfrage einer Ware, im Verhältnis zu deren Angebot, so sinkt auch ihr Preis. Diese Preisschiebungen bieten jedem Produzenten einen wertvollen, einen sichern Fingerzeig: die Artikel mit sinkenden Preisen sind offenbar reichlich vorhanden, er stellt also fortan weniger her; die Artikel mit steigenden Preisen — offenbar eher rar und darum gut bezahlt — auf die wird er sich nun verlegen. Dass die Einzelpreise schwanken, das ist somit für den freien Markt und seine Regulierung von unschätzbarem Wert. Ganz anders ist die Lage für den Produzenten, wenn sozusagen alle Preise steigen oder fallen. Da ist dann kein Ausweichen mehr möglich von der ungünstigen in die günstigere Produktion. Aber auch für diesen Fall gilt das Marktweibergesetz, dass die Preise durch das Verhältnis von Angebot zu Nachfrage bestimmt werden. Offenbar heisst es nun hier:

Das Verhältnis der gesamten Produktion des Landes (innerhalb einer bestimmten Zeitspanne) zur gesamten Nachfrage eines Landes (dem Geldumlauf, der in der gegebenen Zeit den gesamten Umschlag zu bewältigen hat) bestimmt den ganzen Preisstand, den Lebenskostenindex.

Wenn der gesamte Preisstand unverändert bleibt, wie zum Beispiel in den Jahren 1925—29, so sind offenbar im Verhältnis zur Gesamtproduktion, die umzuschlagen war, genügend Umschlagsmittel, genügend Bargeldmassen, eingesetzt worden. Als der Preisstand stieg — 1938—45 — waren es deren zuviel, als er zusammenbrach — 1919—22 und 1929—36 — waren es zuwenig.

Das ganze Geheimnis der Krisenverhütung, der Verhütung des Preiszerfalls, besteht also darin: Der Geldumlauf muss der Menge der umzuschlagenden Güter (und der zu entlöhnenden Dienste) fortwährend und so genau als möglich angepasst werden. Vor wenigen Jahrzehnten noch glaubte man, dass die Bevölkerung mit einer bestimmten Menge an Zahlungsmitteln, mit einem bestimmten «Plafond» auszukommen hätte — heute weiss man, was übrigens auch jedes Kind versteht, dass, wenn mehr Waren umgeschlagen werden müssen, es auch mehr Umschlagsmittel braucht: dass es sich um ein ständiges Verändern der Geldmassen handelt, um ein Vor- und Nachgeben, um ein «Manipulieren».

Ist solch ein ständiges Anpassen der Geldmenge an die Warenmenge aber auch möglich? Noch nicht lange, aber heute, heute ist die vordem unlösbare Aufgabe möglich zu lösen; denn heute besitzen wir einen untrüglichen Massstab, der uns genau darüber Auskunft gibt, ob wir die Geldmenge auch richtig bemessen haben, nicht zuwenig, nicht zuviel: seit den zwanziger Jahren wird nun auch in der Schweiz der allgemeine Preisstand als «Lebenskostenindex» regelmässig und mit genügender Genauigkeit errechnet. Damit haben wir einen Massstab, der uns anzeigt, ob uns die Zahlungsmittel richtig zubemessen worden sind: steigt die Linie des Lebenskostenindexes, ist eine gewisse Teuerung festzustellen, so waren es zuviel; wenn die Linie eben und glatt verläuft, wenn die Indexzahlen mit geringen Abweichungen immer dieselbe Zahl umspielen, dann ist das richtige Mass getroffen; dann gilt eine Hunderternote immer und immer wieder gleichviel auf dem Markt,

dann ist die Hypothek von 10 000 Franken nicht nur der Zahl nach sich immer gleich, auch in ihrem Gehalt ist sie unverändert, weder dem Schuldner noch dem Gläubiger ein Vorteil. Und darauf kommt es an.

Der Lebenskostenindex, wie er berechnet wird, ist das unentbehrliche Instrument, wenn eine Geldpolitik betrieben werden soll, die dem Geld eine unveränderte Kaufkraft sichern will, die allgemeine Preissteigerung ebenso wie die allgemeine Preissenkung vermeiden will. Preissenkungen vor allem deshalb, weil sie unweigerlich zur Krise führen.

Will der Lebenskostenindex steigen, so ist offenbar zuviel Geld im Umlauf, der Geldumlauf muss gedämpft werden. Will der Lebenskostenindex sinken, so ist offenbar zuwenig Geld im Umlauf, der Geldumlauf muss verstärkt werden.

Wer ist es denn, der es in der Hand hat, den Geldumlauf abzuschwächen oder zu verstärken?

Wir haben in der Schweiz zwei Institute, die das Wirtschaftsleben mit Bargeld versorgen und den Geldumlauf zu regeln haben: die Eidgenössische Münze und die Schweizerische Nationalbank. Die Münze versorgt uns mit Hartgeld, mit dem Kleingeld vom Ein-Rappen-Stück bis zum Fünfliber. — Wichtiger, unendlich viel wichtiger ist heute, nachdem das Silber entthront und das Gold durch Abwertung unbrauchbar geworden ist, die Notenbank, die Schweizerische Nationalbank. Sie ist mit dem Privileg ausgestattet, Papiergeld auszugeben, Geld von der Fünf-Franken-Note bis zur Tausendernote. Die Notenbank als das wichtigere Institut ist heute schon in der Lage, den Preisstand zu halten, ihn vor einem Ansteigen wie vor einem Absinken zu beschützen. Sie hat es in der Hand, den Geldumlauf zu drosseln oder zu befeuern, ganz so wie sie es für richtig hält.

Heute hält sie es nun für richtig, den Geldumlauf so zu handhaben, zu manipulieren, wie es in der Zunftsprache heisst, dass der Franken in New York stets gleich viel gilt, dass der Wechselkurs damit dem Dollar stets unverändert bleibt. Das ist das nach ihrer Meinung für unsere Wirtschaft wichtigste und darum anzustrebende Ziel. Das Festhalten des Geldwertes in unserem Lande selbst stellt sie in die zweite Linie. Die Bankbehörden haben das in

ihrem Jahresbericht 1947 wie folgt ausgedrückt: «Da die wirtschaftliche Existenzgrundlage der Schweiz in hohem Mass im Ausland verankert ist, sind stabile Wechselkurse für unser Land von ganz besonderer Bedeutung. Daneben ist auch der Gestaltung der Kaufkraft des Geldes im Inlande alle Aufmerksamkeit zu schenken. Das Bestreben der Nationalbank geht beständig dahin, ihre Währungspolitik nach diesen beiden Zielen auszurichten, soweit dies überhaupt möglich ist.»

Das ist natürlich nicht möglich, nämlich dass man zweien Hasen mit dem gleichen Erfolg nachjagt. Man muss sich für das eine oder andere Ziel entscheiden. Entweder wird der Franken so manipuliert, dass er für den Ausländer stets gleichviel kostet, man «stabilisiert den Wechselkurs», oder der Franken wird so manipuliert, dass er im Verkehr des Landes unverändert bleibt, und uns vor Preiszerfall und Krise sichert, man «stabilisiert den Lebenskostenindex».

Die Bankbehörden machen Schwierigkeiten; sie versuchen uns immer wieder einzureden, so richtig hätten sie es doch nicht in der Hand, den Preisstand zu halten. Der Preisstand sei von so vielen Faktoren (so heisst es) abhängig, dass wir da Unmögliches verlangen. Dabei versteht es die Bank — merkwürdig! — ganz vorzüglich, den plötzlichen Anforderungen, die bei jedem Quartalsende auftreten, gerecht zu werden, den ganzen Umlauf zu erweitern, so sauber und genau, dass der Lebenskostenindex nicht im geringsten ins Schwanken kommt. Und von 1925 bis 1929 hat sie es gleich ein paar Jahre lang verstanden, eine Währungspolitik zu führen, die den Index absolut unverändert erhielt. Jeder, der damals einen eigenen Betrieb führte, wird sich mit Freude und mit Wehmut an jene ruhige und schöne Entwicklung, an jene Sicherheit und Unberührtheit aller Verträge erinnern.

Nein, es fehlt nicht am Können, es fehlt am Wollen. So ist es denn Sache der Bevölkerung, ihrem Verlangen Ausdruck zu geben, ihre Meinungen und ihre Wünsche auszusprechen. Nicht in allgemeinen Ausdrücken, sondern genau und unmissverständlich.

Dazu ist heute die beste Gelegenheit gegeben. Auf Ende des Jahres soll mit dem Finanznotrecht wie mit verschiedenen andern Vollmachten abgefahren werden. Dann muss das heutige Papier-

geld, wie es nun seit dreissig Jahren uneinlösbar besteht, zum richtigen gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt werden, und zwar durch den Wortlaut der Verfassung. Das Volk wird in Kürze über einen Verfassungsartikel, über den sogenannten Banknotenartikel abzustimmen haben.

Wenn es nach dem Bundesrat und der Bundesversammlung geht, so wird der neue Verfassungstext es wieder in das Belieben der Bankbehörden stellen, ob der Preisstand stabilisiert werden soll oder der Wechselkurs des Frankens, d. h. ob der Franken der Bequemlichkeit (nicht mehr!) der Exporteure und der Spekulation dienen soll, oder ob die Bevölkerung vor dem Unglück zukünftiger Krisen gesichert werden soll. Das Volk wird angefragt; das ist der Sinn der Abstimmung, ob es mit der unverbindlichen Fassung des Artikels 39, wie sie der Bundesrat vorschlägt, einverstanden ist. Die Antwort der Bevölkerung, so ist unsere Meinung, sollte kühl und klar lauten: Das genügt uns nicht; wir haben zuviel erlebt; die Jahre des grossen Preisdrucks 1929—36 sind uns noch in viel zu deutlicher Erinnerung, als dass wir so leicht darüber hinweggehen könnten; all das Unglück, das jene Krisen angerichtet haben, ist nicht wieder gut zu machen, aber wir wollen daraus lernen; in Zukunft soll derlei nicht mehr vorkommen.

Wir treten ein für einen Artikel, der uns und unsere Nachkommen sichert gegen Preiszerfall und Krise, der uns leben und arbeiten lässt.

Die Krise ist kein unentrinnbares Schicksal, sie ist die Folge menschlicher Schwäche und Gleichgültigkeit. Eine Krise, wie wir sie innert 25 Jahren zweimal erlebt haben, soll nicht wieder über unser Land hereinbrechen.

*Wir messen unser Glück nach der Menge des Geldes,
das wir verdienen oder besitzen,
anstatt nach der seelischen Genugtuung,
die richtig gelebtes Leben verleiht.*

Sir Stafford Cripps
